

Die kommenden zehn Jahre sind entscheidend

Teilnehmer am Energie-Gipfel des Handelsblatts sind sich einig: Klimaneutralität bis 2050 ist machbar - und sie ist ein großes Investitionsprogramm.

Silke Kersting Berlin

Nicht nur die Europäische Union, auch Deutschland hat beschlossen, bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu werden. Dem könnten sich die USA unter ihrem künftigen Präsidenten Joe Biden anschließen, China will das Ziel bis 2060 erreichen.

"Wir stehen am Beginn eines neuen Wettbewerbs", sagte Rainer Baake, Gründungsdirektor der Denkfabrik Klimaneutralität, am Mittwoch auf dem Handelsblatt Energie-Gipfel. "Wer hat die beste Strategie auf dem Weg zur Klimaneutralität?" Selbstverständlich, so der frühere Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, gehe es dabei auch um die Besetzung der Märkte von morgen - da habe Deutschland Nachholbedarf. Das Land müsse ehrgeiziger werden, seine Klimaziele anheben und vor allem einen schlüssigen Gesamtplan vorlegen, so Baake, der die kommenden zehn Jahre für die entscheidenden hält. "Bis 2030 wird sich entscheiden, ob Klimaneutralität eine realistische Option wird oder zu einer Chimäre verkommt."

Baake fordert vor allem eine vorausschauendere Politik als bisher. In den vergangenen zehn Jahren seien in Deutschland noch einmal 15 große Kohlekraftwerke ans Netz gegangen. Jetzt nehme die Bundesregierung zweistellige Milliardenbeträge und versuche, aus diesen Technologien wieder herauszukommen. "Wenn wir diesen Weg so weitergehen, dann wird der Weg zu Klimaneutralität unbezahlbar."

Für unabdingbar hält Baake zudem nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien, sondern auch die Erhöhung der Energieeffizienz, die Elektrifizierung möglichst über alle Sektoren hinweg und das Vorantreiben des Themas Wasserstoff. "Der Weg zu Klimaneutralität ist machbar, das ist ein großes Investitionsprogramm", sagte Baake. Die Chancen seien wesentlich größer als die Risiken - "wenn man es richtig macht". Das Ende der Kohleverstromung, bislang für 2038 vorgesehen, müsse beschleunigt werden. "2030 darf kein Kohlekraftwerk mehr laufen."

/// Hoher zusätzlicher Strombedarf // .

Dem schloss sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) an. Der Aufbruch in die neue Energiewelt gehe einher mit dem Ausstieg aus den Energieträgern des 20. Jahrhunderts. Der Kohleausstieg werde in diesem Jahrzehnt mit großen Schritten voranschreiten - "vermutlich sogar schneller und weitreichender als bisher angelegt".

Auch Schulze forderte erneut einen deutlich höheren Ausbau erneuerbarer Energien, um den zunehmenden Strombedarf in den kommenden Jahren bedienen zu können. "Ich gehe davon aus, dass wir 2030 einen zusätzlichen Bedarf an 100 Terawattstunden an erneuerbarem Strom haben. Dazu müssen wir den Ausbaupfad für Windenergie an Land und für Photovoltaik anheben", sagte die SPD-Politikerin. Konkret sprach sie von 150 statt 100 Gigawatt an Photovoltaik und 95 statt 71 Gigawatt Onshore-Windkraft.

Die neue Energiewelt werde mit der alten nicht viel gemein haben, sagte Schulze. "Sie wird auf moderner, dezentraler und erneuerbarer Energie basieren, nicht auf Atom und Kohle - und schließlich auch nicht mehr auf Erdgas."

Der bisherige Planungsstand, dass die erneuerbaren Energien bis 2030 mindestens 65 Prozent der Stromerzeugung ausmachen sollten, sei aufgrund des neuen EU-Klimaziels überholt. Die Regierungschefs hatten sich im Dezember darauf geeinigt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Der bisherige Plan lag bei 40 Prozent.

Schulze erklärte zudem, sie erwarte, dass in diesem Frühjahr eine weitere Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen werde. Die Wirtschaft brauche dringend einen neuen Orientierungsrahmen. Das forderte auch Veronika Grimm, Volkswirtin und Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: "Unternehmen brauchen keine Investitionssicherheit, sondern Rahmenbedingungen, die berechenbar sind", erklärte sie. Ein höherer CO2 - Preis, dafür ein Abbau der Abgaben und Umlagen auf den Strompreis, sei ein denkbarer Weg.

"Natürlich sehe ich, dass das vergangene Jahr auch in der Energiewirtschaft erhebliche Spuren hinterlassen hat", sagte Schulze. "Aber in Sachen Klimaschutz haben wir Kurs gehalten." So seien unter anderem milliarden schwere

Investitionsprogramme aufgelegt worden. Um den Aufbruch in die neue **Energiewelt** zu beschleunigen, so Schulze, habe die Bundesregierung einen CO₂ - Preis für Wärme und Verkehr eingeführt. Er setze das klare Signal, dass CO₂ - arme Alternativen immer attraktiver würden.

Kersting, Silke

Noch viel zu tun

Länder mit den größten CO₂-Emissionen

in Mio. Tonnen

11.535

Anteil an weltw. CO₂-Emissionen

China		30,3 %
USA	5.107	13,4 %
EU27*	3.304	8,7 %
Indien	2.597	6,8 %
Russland	1.792	4,7 %
Japan	1.154	3,0 %
Deutschland	703	1,9 %
Iran	702	1,9 %
Südkorea	652	1,7 %
Indonesien	626	1,7 %
Weltweit	38.017	100 %

HANDELSBLATT *und Großbritannien • Quelle: Edgar

Handelsblatt Nr. 009 vom 14.01.2021
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@hbb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 009 vom 14.01.2021 Seite 024

Ressort: Unternehmen

Serie: Handelsblatt-Tagung (Handelsblatt-Serie)

Branche: ENE-01 Alternative **Energie** B

Dokumentnummer: A2CA0E81-36B4-49D1-A883-193D56A0885E

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_A2CA0E81-36B4-49D1-A883-193D56A0885E%7CHBPM_A2CA0E81-36B4-49D1-A883-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH